

und die Freien und Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen.
 Zittau, 15. Dezember. Als Abordnung des 3. Infanterieregiments Nr. 102 „Prinz-Regent Luitpold von Bayern“ werden sich Oberst Haape, Major Franke, Hauptmann Seel und Oberleutnant und Regimentsadjutant Waldweg nach München begeben, um an den Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Regimentschef teilzunehmen.

Zur Finanzlage des Reiches.

Berlin, 15. Dezember. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt hierzu u. a.: Sind die Anregungen des Reichstags zu einer Belastung der Reichskasse recht beträchtlich gewesen, so hat es leider an Vorschlägen, woher diese Kosten genommen werden sollen, gänzlich gefehlt. Im Gegenteil zeigt sich die Tendenz, die Einnahmen herabzusetzen. Daß die Finanzen des Reiches nicht imstande sind, neben den gesetzlichen schon bestehenden Verpflichtungen auch noch allen gegebenen Anregungen und Wünschen ohne Erschließung neuer Steuerquellen zu entsprechen, wird schwerlich eines Beweises bedürfen. Unter dem früheren Staatssekretär hatte der Grundsatz „Keine neuen Ausgaben ohne Deckung“ bei allen Parteien des Reichstages freudige Anerkennung gefunden, und es wurde zum Segen unserer Finanzen nach diesem in den letzten Jahren verfahren. Doch jetzt scheint der Grundsatz so allgemeiner Zustimmung nicht mehr sicher zu sein. Ein Redner hat ihn sogar, ohne Widerspruch im Hause zu finden, als bedenklich bezeichnet. Er hält es für wohl möglich, daß man einmal in die Lage komme, daß notwendige Ausgaben zu bewilligen sind, wenn für den Augenblick die Deckung nicht gleich da ist oder im Etat nicht sichtbar erscheint. Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, solchen Ansichten zu folgen. Sie müßten uns unrettbar wieder in die Zustände zurückführen, die wir dank der Finanzreform seit kurzem überwunden haben. Zurzeit wird freilich die Deckung aller neuen Ansprüche an die Finanzkraft des Reiches aus der Vermögenssteuer erwartet. Man darf aber nicht vergessen, daß diese in erster Linie eine Ermäßigung der Zuckersteuer ermöglchen soll, und daß die in diesem Frühjahr aufgeführten Bilanzen auf weitere Ausgaben für den Bedarf des Heeres, wie sie angesichts der Weltlage nicht vermeidbar sein werden, noch keine Rücksicht genommen haben.

Abhebung von Sparfassen Guthaben.

Berlin, 15. Dezember. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt in ihren Rückblicken: Aus einigen Gegenden wird berichtet, daß Sparfassen Guthaben abgehoben wurden, weil die Auffassung besteht, daß im Falle eines Krieges die Sparfassen geschlossen würden und die Einlagen für Kriegszwecke verwendet würden. Durch diese Auffassung soll sich mancher Sparrer auch bestimmen lassen, seine Reserven zu machen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß es sich hier um ganz irrtümliche Vorstellungen handelt. Sparfassengelder sind in Kriegzeiten so wenig wie im Frieden der Beschlagnahme von Staats wegen ausgelegt, und dürfen in jedem Falle als sichere Anlage gelten. Zu einer Zurückziehung der Spargelder liegt also auch für ängstliche Leute nicht der geringste Grund vor.

Ausland.

Die internationale Lage.

Berlin, 15. Dezember. In ihrer Wochen-Rundschau schreibt die „Nordd. Allg. Zeitung“: Der abgelaufenen Woche darf man nachsagen, daß sie keine Verschärfung in die europäische Lage gebracht hat, von der morgen beginnenden möchten wir wünschen, daß sie den Erwartungen gerecht wird, die sich an die bevorstehende Einleitung der Friedensunterhandlungen und der Vorschäfterbesprechung in London knüpfen. Der Versuch, zwischen der Pforte und den Balkanregierungen in unmittelbarer Verhandlung einen vertragsmäßigen Ausgleich der durch den Krieg nicht entschiedenen Streitpunkte herbeizuführen, wird von allen Großmächten mit Sympathie begleitet. Für den Verlauf der Vorschäfterbesprechung kann es wohl als günstiger Umstand gelten, daß die Balkanpolitik Österreich-Ungarns jetzt in manchen Kreisen gegen früher ruhiger gewürdigt wird.

Köln, 14. Dezember. Der „Köln. Jtz.“ wird aus Wien, 14. Dezember, gemeldet: Eine halbamtliche Auslassung der „Neuen Freien Presse“ stellt die Aufgabe der Londoner Vorschäftervereinigung folgendermaßen dar: Die Vorschäftervereinigung wolle einen Gedankenanstausch über den Interessentkreis der Mächte bei der Regelung der Balkanfrage herbeiführen. Die Mächte wollten keineswegs den Verlauf der Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten abwarten, sondern vielmehr sich unabhängig von diesen über die Sicherung ihrer Balkaninteressen zu einigen versuchen, deren Feststellung den Friedensunterhandlungen dann als Richtschnur bei den Verhandlungen dienen könnte. Die Vorschäfterbesprechungen dürften acht bis zehn Tage dauern. Die Dauer der Friedensverhandlungen sei vorläufig nicht abzuschätzen. Für Österreich-Ungarn kämen in den Besprechungen der Vorschäfter hauptsächlich zwei Fragen in Betracht, die Neutralität Albaniens und die serbische Hafenfrage. Bezüglich letzterer habe Österreich-Ungarn von Anfang an erklärt, es wolle Serbien einen Zugang zur Adria und die Benützung eines dahin führenden Verkehrsweges nicht verwehren, lege aber gegen einen territorialen Besitzstand Serbiens an der Adria Verwahrung ein. Die Dreimächte seien in dieser Beziehung ganz geschlossen. Nach ihrer bisherigen Haltung sei es sehr wahrscheinlich, daß auch die übrigen Mächte Österreich-Ungarns Standpunkt in diesen beiden Fragen teilten. Letzteres behauptet ein genau unterrichteter Diplomat (der englische Vorschäfter Sir Fairfax Cartwright) für England in einer Äußerung zu einem Vertreter der „Neuen Freien Presse“. In England wolle man, heißt es darin, in Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn die Unabhängigkeit Albaniens, aber es beständen große Schwierigkeiten bei der Festsetzung der Grenzen. Die Stimmung in England sei jetzt sehr für Österreich-Ungarn. Ob sie nicht unter dem Einfluß der Anwesenheit der Vertreter der Balkanstaaten umschlagen werde, bleibe abzuwarten.

Sicher sei, daß England den Frieden wolle, und, um ihn zu erhalten, seinen Einfluß in Rußland geltend mache. Ein sehr günstiger Umstand für den Weltfrieden sei, daß England und Deutschland jetzt viel besser miteinander stehen als früher. Die englische Regierung wolle entsprechend den Wünschen eines großen Teiles der liberalen Partei trotz der Beziehungen zu Frankreich gute Beziehungen zu Deutschland, wenn es aber trotz allem zu einem europäischen Kriege käme, würde England nicht beiseite stehen, da es eine Demütigung Frankreichs nicht zulassen würde. Eine Erklärung Rußlands, daß es Serbien in einem Kriege mit Österreich-Ungarn allein lassen würde, liege nicht vor. Rußland wolle jedoch einen Krieg vermeiden und möhne daher in Belgrad zur Mäßigung. Die russische Übersetzung Rumänien mit Liebenswürdigkeiten im gegenwärtigen Zeitpunkt, nachdem 35 Jahre lang man sich in Rußland der rumänischen Waffenhilfe bei Plewna nicht erinnert habe, bespricht die hiesige Presse als einen allerdings vergeblichen Versuch, Rumänien von Österreich-Ungarn und dem Dreibund abzuziehen und dadurch Österreich-Ungarns Einkreisung von Norden, Osten und Süden zu vollenden.

Parlamentarisches aus Österreich.

Wien, 14. Dezember. Das Abgeordnetenhaus hat in allen Lesungen das Pferdegesetz un- verändert nach der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt. Auf der Tagesordnung steht das Kriegsteilungsgesetz.

Zum Wechsel in der österreichischen Heeresleitung.

Wien, 15. Dezember. Den Wechsel in der Leitung der Kriegsdämter besprechend betont das „Fremdenblatt“: Die Ernennung der beiden erprobten Männer bedeutet die Aufrechterhaltung der Kontinuität und hat mit politischen Angelegenheiten nichts zu tun. Abgesehen davon, daß militärische Personalveränderungen nicht die allgemeine Politik des Staates ändern, kann auch beim besten Willen kein politischer Anlaß ausfindig gemacht werden, der den Wechsel in der Armeeführung bedingen würde. Viel eher wird man aus der Fortsetzung der bisherigen Militärpolitik auch auf die Fortdauer der allgemeinen Politik Österreich-Ungarns schließen müssen, deren auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Tendenz sich in nichts geändert hat. In den leitenden Stellen des Auslandes findet auch unsere bisherige Friedenspolitik Verständnis und Anerkennung, und man ist über unsere Haltung beruhigt, so sehr auch verschiedene ausländische Blätter in tendenziöser Absicht das Gegenteil glauben machen wollen. Man wird von uns nicht erwarten, daß wir diesen unverantwortlichen Stimmen zu Liebe unsere Politik ändern werden, denn nur stetige Politik entspricht unseren Interessen und hat uns das Vertrauen Europas gesichert.

Das Inkrafttreten

der ungarischen Steuererlasse verlag.

Budapest, 14. Dezember. Die Regierung hat mit Rücksicht auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse beschlossen, die neuen Steuererlasse erst nach Ablauf des jetzigen kritischen Zustandes ins Leben treten zu lassen. In der heutigen Sitzung der Stadtvertretung wurde jedoch dieser Beschluß der Regierung als unzureichend erklärt und gefordert, daß die Steuererlasse abgeändert und keinesfalls vor Januar 1914 durchgeführt werden. Dieser Beschluß wurde der Regierung zur Kenntnis gebracht; er dürfte jedoch keine weiteren Folgen ergeben.

Österreich und Serbien.

Wien, 14. Dezember. Die „Neue Freie Presse“ erzählt aus Belgrad, Serbien denke nicht daran, sich dem solidarischen Willen Europas zu widersetzen und werde sich vielmehr in der albanischen wie in der bosnischen Frage Europa unterwerfen.

Prag, 15. Dezember. Die „Narodni Politika“ veröffentlicht eine Unterredung des Belgrader Korrespondenten mit dem neuen serbischen Gesandten in Wien, Jovanowitsch, der die zuversichtliche Hoffnung ausdrückt, daß es gelingen werde, alle Schwierigkeiten zu überwinden und zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nicht nur einen modus vivendi, sondern ein aufrichtiges und dauerndes Freundschaftsverhältnis herbeizuführen.

Paris, 15. Dezember. Wie der „Agence Havas“ aus Belgrad gemeldet wird, hat die serbische Regierung angesichts des beständigen Anwachsens der militärischen Maßnahmen Österreichs gehen durch Vermittlung des Gesandten in Belgrad der österreichischen Regierung ihr Bedauern über die gegen Serbien unternommenen Demonstrationen, besonders gegenüber Belgrad, zum Ausdruck gebracht.

(Notiz des „A. T. V.“: In Wien ist bisher von einem solchen Schritt nichts bekannt.)
 Der „Agence Havas“ wird aus Belgrad gemeldet: Die Unterhandlungen Serbiens mit Österreich-Ungarn würden folgende Grundlagen haben können: Serbien werde erklären, daß es mit Österreich-Ungarn die freundschaftlichen Beziehungen unterhalten will, indem es dabei seine vollkommene politische Unabhängigkeit bewahrt. Serbien werde der Autonomie Albaniens zustimmen, vorausgesetzt, daß es einen Hafen am Adriatischen Meer erhält, zu dem es freien Zugang haben muß; es werde sich verpflichten, diesen Hafen nicht in einen Kriegshafen umzuwandeln. Österreich-Ungarn würde bei Anleihen und öffentlichen Arbeiten das Vorrangsrecht erhalten und auch wirtschaftlich die Behandlung einer meistbegünstigten Nation genießen. Österreich-Ungarn werde schon von jetzt an Vorteil haben von einer zu seinen Gunsten vorgenommenen Tarifrevision. Man versichert, daß Serbien auf dieser Grundlage bereit sei, Unterhändler nach Wien zu schicken.

Der Friedensvertrag von Lausanne im italienischen Senat.

Rom, 14. Dezember. Der Senat besprach heute den Friedensvertrag von Lausanne. Haus und Triänen waren stark besetzt. Senator Fiori erklärte, der Vertrag sei in Italien mit Befriedigung aufgenommen worden. Die Kriegsbegeisterung habe bewiesen,

daß Giolitti entsprechend den Empfindungen der Nation gehandelt habe. Die Senatoren Barzellotti und Canevaro sprachen sich in denselben Sinne aus. Ministerpräsident Giolitti hob hervor, daß bei der Diskussion keine Bedenken gegen den Friedensvertrag erhoben worden seien, und in der Tat verwirklicht der Vertrag vollständig das Programm, welches das Land, das Parlament und die Regierung sich gestellt hätten. Das Lob, das dem Lande gezollt worden sei, sei gerechtfertigt, denn das ganze Land ohne Unterschied der Klassen und Parteien habe mitgewirkt, um das Ziel zu erreichen, das es mit der Ehre der Nation eng verknüpft wähle. Die Unternehmung in Libyen habe, wie bereits Barzellotti festgestellt habe, das Ansehen Italiens sehr erhöht. Zum Beweise genüge es, die Sprache der europäischen Presse beim Beginn des Krieges mit der nach Beendigung des Krieges zu vergleichen. Der Minister schloß: Jetzt beginnen die Pflichten Italiens gegen die neue Kolonie, in der wir Spuren einer früheren Zivilisation vorfinden werden, die uns an unsere Aufgabe erinnern werden. (Sehr lebhafter Zustimmung.) Der Senat billigte darauf einstimmig eine Tagesordnung, in welcher der Regierung für die Vorbereitung und Durchführung des Libyschen Krieges gedankt wird, und nahm darauf in geheimer Abstimmung mit 155 gegen 2 Stimmen den Friedensvertrag und die Vorlagen über Libyen an.

Eine Rede Churchills.

London, 15. Dezember. Bei einer Preisverteilung für die Marinefreiwilligen in London hielt Marine- minister Churchill eine Rede, in der er die Mahnung an die Anwesenden richtete, sich weiter zu üben, um augenblicklich dem Ruf des Vaterlandes folgen zu können. Gegenwärtig nehme England eine vorzügliche Stellung in der Welt ein. Als bei den kleineren Mächten Europas, erklärte er, die in den Balkankrieg verwickelt waren, der Wunsch rege wurde, Frieden zu schließen, kamen sie nach London, weil sie wußten, daß wir eine Ration sind, die keine selbstischen Ziele verfolgt und stark genug ist, um keinen Feind zu fürchten. Und das, was der britischen Diplomatie die Macht gab, wirksam für den Frieden Europas zu arbeiten, ist die Flotte.

Tod des amerikanischen Votschäfter in London.

London, 15. Dezember. Der amerikanische Votschäfter in London, Reid, ist heute gestorben.

Der französisch-spanische Marokkovertrag in der spanischen Kammer.

Madrid, 15. Dezember. Die Kammer fuhr in der Besprechung des spanisch-französischen Abkommens fort. Der Republikaner Robes übte Kritik an den Verträgen von 1902 und 1904 und bedauerte lebhaft die Unterzeichnung des jetzigen Vertrages, der mit dem Status quo in Marokko breche. Robes tabelte ferner, daß sich Spanien nicht am deutsch-französischen Abkommen von 1911 beteiligt habe, denn dieses sei ein harter Schlag für die spanischen Interessen in Marokko gewesen, der noch härter gewesen wäre, wenn nicht Frankreich als wahrhaft befreundete Nation handelnd, sich den deutschen Forderungen entgegengekehrt hätte, die ein Monopol für die öffentlichen Arbeiten in der spanischen Zone aufzurichten wollten. Er werde nicht für den Vertrag stimmen wegen der Lasten, die er Spanien aufbürde. — Berichterstatter Rosello trat den Befürchtungen Robes' entgegen, daß sich Schwierigkeiten für das Vorgehen Spaniens in Marokko in der Gegenwart oder in der Zukunft ergeben würden. Der Berichterstatter Marquis Decortinas erklärte, die spanischen Unterhändler hätten die Interessen des Landes energisch und geschickt verteidigt. Sodann ergriff der Minister des Äußeren Garcia Prieto das Wort zu einer mit Beifall aufgenommenen warmen Lobrede auf Canalejas, der dank seiner außerordentlichen Beredsamkeit und seiner beherrschenden Einsicht eine Hauptrolle in den Verhandlungen gespielt habe. Im Laufe seiner Rede sagte der Minister: Als Frankreich und Deutschland uns um unsere Zustimmung zu dem Vertrage, den sie soeben abgeschlossen hatten, baten, da antworteten wir, wir würden sie nicht erteilen, solange nicht die Unverletzlichkeit unserer Rechte in Marokko gewährleistet sei. Bei der Abgrenzung der Zonen gelang es uns nicht, das zu erhalten, was wir wünschten. Wir mußten einen beträchtlichen Gebietssteil abtreten. Nichtsdestoweniger ist kein wesentliches Interesse Spaniens preisgegeben. Wenn es sich anders verhielte, so wäre ich vor dem Parlament erschienen und hätte gesagt: Die Verhandlungen sind abgebrochen. Die Rechte Spaniens in seiner Zone sind ähnlich den Rechten Frankreichs in dessen Zone. Außerdem haben wir dort wirtschaftliche Gleichberechtigung mit Frankreich. Der Minister erklärte es sodann für logisch, daß das Kapital und das Personal der Eisenbahn Tanger-Mekka, die sich zum größten Teile auf französischem Gebiet befinde, hauptsächlich französisch sei. Am Ende seiner Rede wiederholte der Minister die Worte Maras: Jede Regierung hat völlig ihre Pflicht erfüllt, die, mag sie sich getäuscht haben oder nicht, immer nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat. Bei der Mehrheit wurde die Rede des Ministers mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Der Redner wurde warm beglückwünscht. Sodann wurde die Sitzung vertagt.

Aus der russischen Duma.

St. Petersburg, 14. Dezember. Der Vizepräsident der dritten Reichsduma, Fürst Volkonski, wurde mit 289 gegen 75 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten der Duma gewählt.

Die Reichsduma hat auf Antrag von 102 Mitgliedern der Rechten beschlossen, dem Kaiser eine Ehrenheftungsadresse zu unterbreiten und hat eine Kommission gewählt, welche die Adresse in drei Tagen auszuarbeiten hat. Die von den Kadetten eingebrachte Interpellation an den Ministerpräsidenten betreffend die gegenwärtige Verlängerung des Ausnahmezustandes wurde verlesen. Die Frage der Dringlichkeit der Interpellation gelangt übermorgen zur Verhandlung.

Der Balkankrieg.

Vor Beginn der Friedensverhandlungen.
 London, 15. Dezember. Vorgestern abend fand eine nicht offizielle Konferenz der Missionen der vier Balkanstaaten statt, die bis Mitternacht dauerte. Die Frage des Arbeitsplanes wurde im einzelnen erörtert.